

Arbeiter eins besitzen: Den starken, festen Willen, ohne den nie etwas Grosses geschaffen wurde, den Willen, sich niemals entmutigen, durch keine Widerwärtigkeiten abhalten zu lassen, den Willen, auszuhalten und auszuharren bis zum guten Ende, den Mut und die Entschlossenheit, die den Blick weit überheben über die kleinen Alltäglichkeiten des eigenen Daseins, die das eigene »Ich« vergessen machen und den Mann zum Helden stempeln, der alles opfert, alles erduldet, um einer grossen, allgemeinen Sache willen. Jede grosse Sache hat ihre Märtyrer gehabt und muss sie haben, das dieses Martyrium der Sache Kraft verleiht, eine Welt zu besiegen. Sehet zu, wie die Geschichte urteilt über die Henkersknechte, die die Märtyrer der heiligen Sache zur Schlachtbank führten, merket auf und erkennet, was die Geschichte von denen sagt, die sich zur Judasrolle erniedrigten und ihre eigene Sache verraten haben und dann gedenket dessen, dass die Männer der Wahrheit und Gerechtigkeit sich einen Ehrenplatz in der Geschichte sicherten und mochten sie zu ihren Lebzeiten noch so verfolgt, gehetzt, verlästert und vergewaltigt werden. Dem ehrlichen, freiheitsliebenden Menschen kann die Wahl nicht schwer fallen, sein Platz ist nicht dort, wo die rohe, brutale Gewalt und Uebermacht herrscht, seinen Posten findet er an der Seite der geläuterten, geschmähten und verfolgten Vorkämpfer für Gerechtigkeit und Wahrheit, für das Recht des Arbeiters auf lohnende Arbeit, auf ein menschenwürdiges Dasein. Dieses Recht zu schützen und zur Durchführung zu bringen, soll unsere heiligste Aufgabe sein. Wir brauchen nur zu wollen, fest, unbeugsam, unablässig und unser Wille wird zur Macht, dem nichts zu widerstehen vermag. Denn einem wirklichen, entschiedenen Willen werden die Thaten folgen, die ihm zum Durchbruch verhelfen.

»Fach-Zeitung.«

Aus dem deutschen Reichstage.

Arbeitslosendebatte.

Die Besprechung der Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Massregeln gegen die Arbeitslosigkeit ist am Sonnabend, den 18. und am Montag, den 20. Januar, fortgesetzt worden. Ihre weitere Fortsetzung resp. ihre Beendigung ist vertagt worden, damit das Haus zunächst einige Wahlprüfungen und eine Reihe von Etatspositionen erledigen konnte.

Aus den Verhandlungen vom 18. und 20. Januar ist folgendes hervorzuheben:

Der konservative Abgeordnete Graf v. Kanitz nahm Anlass, die Frage der Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung in Verbindung mit den Fragen der Zollpolitik, Schutz Zoll etc. zu behandeln. Graf Kanitz ist bekanntlich ein Agrarier vom reinsten Wasser, der alles wirtschaftliche, soziale und politische Heil unserer Nation im Siege der agrarischen Lebensmittelpolitik sieht. Man kennt ja die haltlosen, auf Täuschung berechneten Phrasen, welche die Vertreter dieser Politik zur »Rechtfertigung« ihrer gemeingefährlichen Bestrebungen gebrauchen. Die Abschliessung Deutschlands vom Weltmarkt mit der Wirkung, dass unsere Industrie den Junkern überantwortet wird, bezeichnen sie kühnlich als »Schutz der nationalen Arbeit«, und in wucherischer Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel sollen

die Arbeiter eine Gewähr für die »Steigerung ihres Arbeitseinkommens« erblicken.

Graf Kanitz will, dass bei amtlichen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit »die Arbeitsscheuen von denjenigen getrennt werden, welche ohne ihre Schuld in die Arbeitslosigkeit hineingeraten sind«, sowie dass streikende Arbeiter von jeder staatlichen Fürsorge ausgeschlossen werden. Das heisst im Sinne des Herrn Grafen: Wenn Arbeiter infolge von Streiks und Aussperrungen durch den Terrorismus der Unternehmer, Verurteilungen etc. zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden, so sollen sie als solche anzusehen sein, die die Arbeitslosigkeit selbst verschuldet haben! Uebrigens vertrat er die Ansicht, dass unsere Industrie, »die schon heute schwer genug seufzt unter den ihr von der sozialpolitischen Gesetzgebung auferlegten Lasten«, nicht zu Leistungen für eine Arbeitslosen-Versicherung herangezogen werden dürfe!! Man solle die Arbeiter darauf hinweisen, »in guten Zeiten für die Tage der Not zu sparen«! Derselbe Agrarier, der für sich und seine Sippe die weitgehende Staatshilfe auf Kosten des arbeitenden Volkes in Anspruch nimmt, hat den »Mut«, zu behaupten, für die Arbeiter dürfe nicht an die Staatshilfe appelliert werden; solche Hilfe sei in moralischer und ethischer Hinsicht bedenklich! Wenn aber die Junker und Junkergenossen mit staatlicher Hilfe das arbeitende Volk ausschmarotzen, wenn sie aus dem Reichs- und Staatsäckel »Liebesgaben« aller Art empfangen, um sich ein sogenanntes »standesgemässes Dasein« zu sichern, dann ist das der Inbegriff aller Gerechtigkeit und Moral.

In ähnlicher Weise sprach der Abgeordnete Hoffmann-Dillenburg sich aus; er bemerkte u. A., es sei zu bezweifeln, dass sich eine Arbeitslosenversicherung in absehbarer Zeit durchführen lasse.

Der freikonservative Abgeordnete Gamp stellte Betrachtungen über den Arbeitsnachweis an. Unter Berufung auf eine übereinstimmende Ansicht des Fürsten Bismarck meinte er:

»Sollte es für zweckmässig erachtet sein, den Arbeitsnachweis nach Berufsgruppen zu organisieren, so wäre es in Erwägung zu ziehen, ob diese Aufgabe nicht den auf Grund des Unfall-Versicherungsgesetzes zu bildenden Berufsgenossenschaften zu überweisen sein möchte. Da in diesen die Arbeitnehmer eine gesetzliche Vertretung hätten, so wäre die Wahrnehmung ihrer Interessen durch diese Vertreter gesichert, und damit die Möglichkeit für ein ersprießliches Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf diesem Gebiete gegeben.«

Es ist zu beachten, dass die Art der »gesetzlichen Vertretung«, welche die Arbeiter in den Berufsgenossenschaften haben, nur ein Stück sozialpolitischer Dekoration, von nennenswerter Bedeutung für die Arbeiter nicht ist. Die Ueberweisung des Arbeitsnachweises an die Berufsgenossenschaften würde nichts anderes bedeuten, als ihn der Unternehmer-Willkür preiszugeben.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bekannte Herr Gamp sich ebenfalls als Anhänger der Theorie, dass der Arbeiter »sparen« muss für die Tage der Not. Einen Grund für die bestehende Arbeitslosigkeit glaubt er sehen zu müssen »in den fortgesetzten Bestrebungen der Arbeiter, die Arbeitszeit allgemein herabzusetzen«. Diese schnurrige Weisheit liess er gipfeln in dem Satze: »Es besteht ein dringendes Interesse, nicht blos vom Standpunkt des Arbeitgebers, sondern noch mehr von dem der Arbeiter, dafür zu sorgen, dass es dem Arbeitgeber möglich ist, vorübergehende Steigerungen in der Nachfrage durch eine stärkere Ausnutzung der Arbeitskräfte, insbesondere durch Verlängerung der Arbeitszeit befriedigen zu können.«

Eine unlogischere Argumentation ist kaum denkbar. Verlängerung der Arbeitszeit in Zeiten der Krisis pflegt allerdings eine Folge des gesteigerten Angebots von Arbeitskraft zu sein, ebenso wie die Herabsetzung der Löhne. Und ohne Zweifel hat an solch' intensiver Ausbeutung der Arbeit das Unternehmertum ein dringendes Interesse, aber ein Nonsens ist es, zu behaupten, dass damit auch einem Interesse der Arbeiter entsprochen wird.

Sodann meinte Herr Gamp: Der Staat müsse für arbeitslose Arbeiter einen Kredit eröffnen, der sie in den Stand setze, über die Zeiten der Not hinwegzukommen. Dass das keine Hilfe wäre, wie sie der Arbeiter zu beanspruchen hat, bedarf wohl nicht näherer Darlegung.

Der freisinnige Abgeordnete Lenzmann pflichtete dem Grafen Posadowsky darin bei, dass eine Arbeitslosenversicherung »nicht wohl möglich« sei. Hebung der Industrie und Freiheit des Handels sei tausend Mal besser, als alle die kleinen Palliativmittel, mit denen nichts geheilt werden könne. Hätte Herr Lenzmann nur auch ein Mittel anzugeben gewusst, die Krisen, welche periodisch jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen, zu beseitigen!

Seitens eines Führers des Bundes der Landwirte, des Abgeordneten Dr. Hahn, wurde dargelegt, der »richtige Weg zur Schaffung dauernder sicherer Arbeitsgelegenheit« sei die Durchführung der agrarischen Wirtschaftspolitik. Wenn die Gesetzgebung genötigt werden solle, jedem Arbeiter Arbeitsgelegenheit zu schaffen, so sei damit auch die Berechtigung gegeben, dem einzelnen Arbeiter Arbeit anzuweisen, d. h. einen Arbeitszwang gegen die Arbeitslosen auszuüben.

In längerer Rede unterzog der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch diese Ansichten und Vorschläge der Redner der sogenannten »staatsershaltenden« Parteien einer Kritik. Gegenüber den Regierungen erhub und begründete er den Vorwurf, dass sie über den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht genügend orientiert seien und in Bekämpfung derselben nicht die entsprechenden Mittel in Anwendung bringen.

Nachdem sodann der nationalliberale Abgeordnete Hibk den Nachweis versucht hatte, dass die Arbeitgeber von Wohlwollen für ihre Arbeiter erfüllt seien, konstatierte der freisinnige Abgeordnete Dr. Pachnicke gegenüber den Behauptungen der Regierungsvertreter, dass eine umfangreiche Arbeitslosigkeit thatsächlich vorhanden sei. Den Nutzen des paritätischen Arbeitsnachweises erkennt er an, aber die Frage der Arbeitslosenversicherung sei noch nicht geklärt; doch sei der gegenwärtige Moment geeignet, ihr näher zu treten; es empfehle sich die Schaffung einer Kommission zur Prüfung der verschiedenen Projekte einer solchen Versicherung.

Meinungsdifferenzen.

Meinungsverschiedenheiten hat es immer gegeben und werden dieselben bei steigender Volksbildung künftig eher zunehmen als abnehmen. Sie sind an sich keineswegs beklagenswert, da sie als ein wertvolles Mittel zur Vertiefung von Fragen jeder Art angesehen werden müssen. Meinungsverschiedenheiten sind aber auch begründet in dem Recht der einzelnen Persönlichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden und dieselbe nicht nur frei zu verteidigen. So begegnen wir in Zeitschriften und Versammlungen oftmals den heftigsten Kämpfen, ausgefochten oft von Männern, welche eine gemeinsame Grundanschauung und das gleiche Interesse für die von ihnen vertretene Sache besitzen. Manche Gemütsmenschen sind davon freilich unangenehm berührt und sprechen dann ärgerlich von einem »Streit«, der vermieden werden müsse. Dieselben übersehen aber dabei, dass ohne derartige Auseinandersetzungen (für welche das Wort »Streit« meist nicht zutrifft) eine Aufklärungsarbeit von grösserem Umfang überhaupt unmöglich ist.

Was dabei vermieden werden muss, sind persönliche Angriffe, die eigenwillige Verschliessung vor gegnerischer Begründung und die oberflächliche Behandlung anderer Anschauungen. Versehen dieser Art rächen sich meist mehr, als man dies vorher überschauen kann. Es ist dann, wie wenn ein grosser Stein ins Rollen gekommen wäre, welcher nachher nicht mehr oder nur mit Gewalt aufgehalten werden kann. Ein Wort gibt das andere, einer hält den anderen für den Anfänger des unerföhrlichen Tones in der Debatte und keiner will sich »unterkriegen« lassen. So entsteht oft statt einer Belehrung eine Verzerrung, statt einer Erquickung eine Ver-

je nach den Umständen in die passenden Falten zieht.

Die wahrhaften Repräsentanten der Durchschnittsmenschheit, die friedliebenden und zufriedenen Bürger, welche sich — von gelegentlichen Stammtischnörgereien abgesehen — durchaus heimisch in unserer Zeit der polizeilich gewährleisteten Ordnung und guten Sitte fühlen, zeigen ihr wahres Wesen in gewisser Hinsicht nur auf der Redoute oder bei ähnlichen Gelegenheiten. Ob Männlein, ob Weiblein, — mit der Maske vor'm Gesicht kann man schon einmal die Hülle der Seele lüften und das »Rein-Menschliche« darf seine von aller Prüderie freien Triumphe feiern. Dass es bei solchen erhabenen Gelegenheiten dann (wie neulich auf einem sehr »noblen« Berliner Ball) mitunter zu standesgemässen Keilereien kommt, hat weiter nichts zu sagen. Die durch gesellschaftliche Höflichkeitsgesetze bis dahin niedergehaltene »Naturkraft« sucht ihren Ausweg. Der Sekt auch hat wie sein proletarischer Bruder, der

Karneval!

Gieb her die Larv', ich will mich jetzt maskieren
in einen Lumpenkerl, damit Halunken,
Die prächtig in Charaktermasken prunken,
Nicht wännen, ich sei einer von den ihren.

Der arme Heinrich Heine, der auch diese boshaften Verse wie so viele andere in die Welt setzte, könnte, wenn er aus seinem Grabe in Paris eine »incognito-Reise nach Deutschland machte, beruhigt wieder in den ewigen Schlummer zurückkehren, seine Reime haben noch nichts von ihrer Geltungskraft verloren. Denn wenn es wahr ist, dass die Dummheit den Glorienschein der Unsterblichkeit über'm Haupte trägt, so ganz gewiss nicht minder die Heuchelei. Gegen die Schwester der letzteren, die Prüderie, führte er bezichnete, viel verlästerte Dichter die schärfsten Streiche, aber auch sie, obgleich man meinen sollte, tödlich getroffen, lebt mit roten Backen und sittenstrengen Mienen vergnüglich weiter; sie rächte sich an ihrem Entlarver be-

kanntlich dadurch, dass sie ihm, einem der grössten deutschen Dichter, das Denkmal verweigerte, welches dann in — Amerika den verdienten Ehrenplatz erhielt. Beiläufig bemerkt: Heine hat seine Anwartschaft auf ein väterländisches Gedächtniszeichen schon dadurch verwirkt, dass er aufreizende Strophen verfasste wie die folgende:

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben,
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleissige Hände erwarben.

Wer solche Ansichten hat und sie sogar drucken lässt, der ist naturgemäss nicht zur Verherrlichung in Stein oder Bronze geeignet. Wer die Redefreiheit des Karnevals auf zwölf Monate im Jahr ausdehnt, verliert den Anspruch darauf, als ein harmloser Narr betrachtet zu werden. Trotzdem: im Karneval des Lebens gilt oft der Ernsthaftigkeit für thöricht, der Gedankenlose für weise und der Weiseste unter den Weisen ist derjenige, welcher mit undurchdringlicher Maske durch das Leben schreitet und sie

bitterung, statt einer Annäherung eine Entfremdung. Für die Sache selbst ist eine solche Entwicklung von Auseinandersetzungen auch manchmal eher eine Schädigung als eine Förderung.

Aus diesen Gründen ergibt sich für alle Personen, welche im öffentlichen Leben thätig sind, die Verpflichtung zur grössten Vorsicht bei der Behandlung von Fragen, über welche geteilte Meinungen vorhanden sind. Letztere haben, wie schon gesagt, durchaus ihre Berechtigung, sofern sie begründet werden können. Wer dazu im Stande ist, wird sich auch im allgemeinen den Gründen für eine gegnerische Ansicht nicht verschliessen und auf diese Weise dazu beitragen, die Besprechung auf einem gediegenen und sachlichen Niveau zu erhalten. Alle Anschauungen werden durch Alter, Vorbildung, Erfahrung etc. stark beeinflusst. Manche Menschen haben sie durch ein gewissenhaftes Studium oder durch harte Lebensführungen erworben, andere haben sich eine Ansicht mühevoll angeeignet, indem sie sich einfach ohne Kopferbrechen diese oder jene scharf vorhandene Anschauung zulegten. Nun ist es eine längst festgestellte Thatsache, dass die durch eigene Geisteskämpfe und Erfahrung gewonnene Überzeugung viel loyaler vertreten wird, als die nur leichtthin übernommene sogenannte »eigene Meinung«. Wer eben weiss, was es heisst, eine wirkliche eigene Ansicht, insbesondere über wirtschaftliche, politische und taktische Fragen zu erlangen, bekommt auch die notwendige Achtung vor anderen sachlich begründeten Anschauungen. Wenn nun diese Winke schon in den Kreisen mit gleicher Weltanschauung beherzigt werden müssen, um einen gesunden Frieden zu ermöglichen, so wird diese Beachtung in der Gewerkschaftsbewegung zur gebieterischen Pflicht. Zur Erringung grösserer Erfolge sind die Gewerkschaften nicht nur auf grösstmögliche Mitgliederzahlen, sondern auch auf die Gewinnung der tüchtigsten Berufskollegen angewiesen. Es muss also die Schablone fallen, welche in anderen Kreisen für bestimmte Anschauungen oftmals bereits festgelegt ist. Ohne Rücksicht auf gegenläufige Meinungen in politischer und religiöser Beziehung muss der Boden für eine gemeinsame, fruchtbringende Arbeit gefunden werden. In diesem Prozess stehen jetzt die Gewerkschaften. Es ist nicht ganz leicht, aber bei gutem Willen doch auch wieder sehr leicht zu finden. Wenn sich alle Mitglieder stets die Aufgabe der Gewerkschaften, wie sie in den Satzungen niedergelegt sind, vor Augen halten, sind Differenzen erheblicher Art nicht zu befürchten. Die Gefahr beginnt erst, wenn einzelne Mitglieder Dinge zum Gegenstand der Erörterung heranziehen, welche mit den statuarischen Gewerkschaftsaufgaben nichts zu thun haben. Sie ist aber auch dann nicht bedenklich, wenn für kritische Betrachtungen eine Form und ein Weg gewählt wird, welche jegliche Kränkung andersdenkender ausschliesst.

Wodurch entstehen eigentlich sogenannte »Fälle«, wie wir sie auch bereits gehabt haben? Nicht dadurch, dass irgend ein Kollege da und dort etwas sagt oder thut, sondern nur dadurch, dass von anderer Seite nicht mit der gebotenen Ruhe und in der geeigneten Form ersucht wird, diese Handlungsweise zu verstehen. Ohne die Motive des anderen für seine Haltung zu kennen, macht man ein Urteil fertig und bringt dasselbe in die Öffentlichkeit. Weitere, vielleicht befreundete Kollegen, welche ebensowenig von der Sachlage unterrichtet sind, nehmen dann zu einem derartigen Beschluss Stellung, um sich auch an der »Rettungsarbeit« zu beteiligen. Dadurch entstehen dann ebenso unnötige wie unbegründete Vermittlungen, welche für die Sache keineswegs förderlich sein dürften.

Es müsste daher die Verpflichtung mehr als bisher anerkannt werden, sich bei Meinungsverschiedenheiten nicht nur zunächst weitgehende Aufklärungen zu beschaffen, sondern auch die Gründe der anderen gewissenhaft zu prüfen und den privaten, wie auch den Instanzenweg erst auszunützen, ehe man mit einem fertigen Urteil in die Öffentlichkeit hineinspringt. Wenn irgend ein Vorgang für Gewerkschaftsmitglieder neu und unverständlich ist, so ist

Schnaps, die Eigenschaft, im Menschen die Bestie zu wecken. Und diese reißt mit ihren Tatzen leicht die verhüllenden Schleier entzwei, welche erzieherische Hochkultur gewoben, und aus den sonst von Tugend strotzenden Gesichtern grinst oft genug die Teufelsfratze des Lasters und der Barbarei. Was manchen freilich nicht hindern wird, am andern Tage wieder gegen die »Verderbtheit der unteren Volksklassen« mit dem Aufgebot edelster Entrüstung zu wettern.

Nun ist es ja zweifellos, dass auch die letzteren nicht aus Engeln bestehen, aber es handelt sich für uns auch gar nicht darum, die allgemein menschliche Schwäche an den Pranger zu stellen, als vielmehr darum, nachzuweisen, dass die kurze Zeit der Maskenbälle oft eher den Namen Die ehrliche Zeit verdient, als jene, in der gewisse Leute ihre angeblich ernsthaftesten Geschäfte erledigen.

Wählen wir das Gebiet, das uns als Gewerkschaftlern, als Arbeitern am nächsten liegt, das des Schutzes der Arbeit in weitester Auf-

er noch keineswegs verkehrt, er kann sogar sehr gut sein. Im Wirtschaftsleben giebt es kein Dogma, hier fliesst alles und müssen insbesondere moderne Gewerkschaftler stets bemüht sein, sich veränderten Zeitverhältnissen anzupassen.

Mit Auseinandersetzungen sanfter Art wird man also stets rechnen müssen. Sie sind sogar erwünscht, da die Kritik als ein Kulturfaktor erster Ordnung anzusehen, ja, ohne dieselbe ein Leben in Organisationen gar nicht denkbar ist. Nur muss der Geisteskampf stets mit Besonnenheit und gegenseitiger Achtung, sowie mit einem festen Blick auf das Interesse der gemeinsamen Sache geführt werden, dann wird jeder auch die Grenzen finden, welche sich im einzelnen Fall von selbst ergeben. Kommt noch, was eigentlich selbstverständlich sein müsste, Vertrauen gegen Vertrauen hinzu und wird dem Satz entsprechen: Was Du nicht willst, das man Dir thu, das füg auch keinem andern zu, so werden Meinungsdivergenzen für die Gewerkschaftsbewegung niemals von Schaden, vielmehr von Nutzen sein.

In Sachen Frommelt kontra Bohlig hat das Schiedsgericht in Hannover folgenden Schiedsspruch gefällt:

Nachdem beide Parteien die Zusammensetzung des Schiedsgerichts anerkannt und die Erklärung abgaben, sich dem Schiedssprüche unbedingt zu unterwerfen, wurden nach vergeblichen Einigungsversuch auf Grund der Beweisaufnahme in dem Termin am 2. Februar 1902, an welchem teilnahm: ein Mitglied des Ausschusses als Vorsitzender, Fr. Graeger, H. Dreuse, K. Behle, B. Jahr, G. Pflingsten, O. Taube, sämtliche Mitglieder des Gewerkschaftskartells in Hannover, ferner die Arbeitersekretäre R. Leinert und A. Paul, als Vertreter des Vorstandes C. Borisch und als Protokollführer R. Rauchhaupt, nach 13stündiger mündlicher Verhandlung für Recht erkannt.

Die Streitigkeiten sind auf die Verschmelzungsfrage innerhalb der bestehenden Vereine im Berufe zurückzuführen und fanden in beiden Parteien persönlichen Ausdruck. Es ist entschieden zu verurteilen, dass bei der sich steigernden Gereiztheit jeder Teil die geringfügigsten Angelegenheiten als Gegenstand einer unangebrachten Kritik betrachtete. Weitere Nahrung fanden die Feindseligkeiten dadurch, dass Bohlig in seiner Eigenschaft als Vorsitzender, die leider missverständliche Kritik eines Mitgliedes über die Kassenführung des abwesenden Frommelt nicht sofort unterdrückte.

Nicht zu billigen ist, dass Frommelt in dieser Angelegenheit ein Nachspiel vor dem Schiedsmann herbeiführte und dass eine hier zu stande gekommene Einigung von dem beklagten Kollegen nicht innegehalten wurde. Die Verhandlung hat ergeben, dass die Kassenführung Frommelt's jederzeit in bester Ordnung befunden wurde, zu tadeln ist aber, dass Frommelt einer bisherigen Geflogenheit zufolge, auf Erfordern den Kassenbestand nicht vorzeigte.

Das Schiedsgericht erkannte in der Kündigung Bohlig's eine Massregelung, dagegen konnte die darauf erfolgte Kündigung von seiten der 33 Kollegen vermieden werden, wenn Bohlig ein ihm angebotenes Engagement rechtzeitig zum Abschluss gebracht hätte. Das Schiedsgericht erkennt jedoch an, dass durch das einseitige Verhalten der Kollegen ein beabsichtigter Durchbruch der 96er Vereinbarungen verhindert wurde. Bedauerlicher Weise wurde die Situation durch ein wenig geschicktes Eingreifen des Kollegen Sillier, welcher Bohlig, nachdem bereits die Kündigung ausgesprochen war, zur nachträglichen Annahme der oben angeführten Stelle in der Firma Stille überredete, was andererseits die in Kündigung stehenden Kollegen der Firma Molling & Co. als Verrat bezeichneten. Allerdings ist als mildernd in Betracht zu ziehen, dass Sillier in folge des gegensätzlichen Ausschussbeschlusses hierdurch der Sache am besten zu dienen gedachte, aber unter allen Umständen war es notwendig, dass er sich mit den hiesigen Kollegen vorher ins Einvernehmen setzte. Um etwaigen Vor-

fassung. Treten wir ein in den bunten Festsaal der Sozialpolitik und Arbeiterfürsorge; lassen wir die Lichter etwas heller aufflammen und betrachten wir prüfend unsere glänzende Umgebung. Welche Fülle von Charaktermasken im Heine'schen Sinne zeigt sich da dem schärferen Auge. Wir sehen sie einherstolzieren mit spanischer Grandeza — die Herrscher der Welt, die Herren von Ar und Halm, von Gruben, Schloten und Menschenknochen. Wir sehen die Anwälte der himmlischen Seeligkeit auftauchen, geschheitelt und tonsuriert, und die aalglatten Gestalten von Diplomaten winden sich lächelnd und verbeugend durch die Menge.

Aber schon hat ein Rittergutsbesitzer, in die Tracht eines arbeitenden Bauern gekleidet, das Wort genommen. Er spricht von der Bedrängnis der Landwirtschaft, von ihrem nahenden Bankerott, wenn nicht ein »ausreichender« Kornzoll die Arbeitsfreudigkeit heben würde. Er appelliert an das soziale Herz der Anwesenden: die Rücksicht auf die ländliche Arbeiterschaft,

würden zu entgehen, blieb Bohlig nichts weiter übrig, als das Engagement rückgängig zu machen. Die Dauer und Höhe der Gemassregelten-Unterstützung Bohlig's unterliegt nicht der Beurteilung des Schiedsgerichts, da hier ein Beschluss des Hauptvorstandes vorliegt, den dieser auf der General-Versammlung des Vereins zu vertreten hat.

Das Schiedsgericht verurteilt entschieden das Vorgehen einzelner Personen, Vorgänge innerhalb der Zahlstelle Hannover in dem die Organisation am geläufigsten bekämpfenden Blatte »Lithograph« in entstellter Weise zu veröffentlichen. War man mit dieser Unterstützung nicht zufrieden, war es Pflicht der Betreffenden, sich an die Versammlung oder beschwerdeführend an den Ausschuss zu wenden.

Die Zwistigkeiten sind zum grossen Teil hervorgerufen durch die Unduldsamkeit Frommelt's, freilich ist es Thatsache, dass auch auf der anderen Seite eine Einigung nicht gesucht wurde. Ein solches Verhältnis kann dem Gedeihen der Organisation niemals erspriesslich sein.

Das Schiedsgericht fordert deshalb die strittigen Parteien auf, von nun ab im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und das Ansehen des Vereins der Lithographen, Steindruckers und Berufsgenossen im besonderen, die Streitaxt zu begraben.

Zum Schluss spricht das Schiedsgericht den Wunsch aus, den Arbeitsnachweis nach einem Reglement zu ordnen und aus taktischen und praktischen Gründen bei Frommelt zu belassen.

Erklärung!

Bezugnehmend auf die Redaktionsbemerkung im Briefkasten der letzten Nummer, wonach mir die Presskommission als dem zuerst persönlich Angegriffenen eine Entgegnung auf die Artikel des Kollegen Tischendorf und Domnick in No. 4 der »Gr. Pr.« gewährt, habe ich zu erklären, dass ich im Interesse unserer Organisation auf eine Antwort verzichte, da in der strittigen Frage eine Einigung zwischen T. und mir doch ausgeschlossen bleibt.

Nürnberg.

Oskar Ries.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin. Achtung, Schleier Berlins! Kollegen! Ihr habt in der Versammlung am 21. Januar eine neue Verwaltung gewählt. Die Gewählten halten es für ihre Pflicht, das Vertrauen ihrer Kollegen zu würdigen und werden nach Kräften in die Agitation eintreten, um die noch fernstehenden Kollegen für den Verein zu gewinnen. Wir werden auch mit aller Energie dahin wirken, die Versammlungen interessant zu gestalten. Um uns den Weg zu ebnet auf dem wir zum Ziele gelangen können, verweisen wir hierdurch auf das Inserat dieser Nummer der »Graph. Presse«. Wir sind uns jedoch bewusst, Kollegen, dass wir ohne Eure Mitarbeit nichts erspriessliches schaffen können, darum bitten wir um recht zahlreiches Erscheinen in der Versammlung am 18. d. M., denn das Thema ist so gewählt, dass jeder Kollege in der Diskussion sein Scherflein dazu beitragen kann, den rechten Weg und die richtige Taktik zu finden. Kollegen! Nicht blos Mitglieder sind willkommen, sondern auch Nichtmitglieder müssen eingeführt werden, damit die Kollegen selbst erfahren, dass wir es ernst nehmen mit unserer Sache, denn in dieser schweren Zeit der furchtbaren Krise heisst es sich endlich aufzuraffen und mit seinen Kollegen Schulter an Schulter mitzuarbeiten an dem grossen Werk der Erlösung der darbenenden Menschheit.

I. A.: Fr. Rose, Bevollm. Berlin. Kleines Erlebnis eines Stellungsuchenden. Als Chromolithograph sandte ich meine Muster nach Bremen zur Firma W. Jöntzen, erhielt jedoch die Antwort, dass kein Platz offen ist und meine Muster per Drucksache zurückkommen. Die Muster waren am 25. Januar eingesandt, die Antwort erhielt ich am 28. Januar, doch nicht die Muster. Ich schrieb

welche sehnsüchtig auf Erhöhungen des kargen Lohnes warte, verlange gebieterisch wie die eigene Armut der Bauern ein dringendes Stocker. Er ist im besten Zuge, plötzlich steigt er: »Wo bin ich? Ach so, wir sind ja unter uns!« Die Tracht des Bauern fällt ab und gestieft, gesponnt stellt der peitschenbewehrte Junker da. Und mit zorniger Miene entwirft er ein Gemälde von der zunehmenden Unbotmässigkeit der Knechte und Tagelöhner, von der Begehrlichkeit, von der gänzlich ungerechtfertigten Unzufriedenheit, die nun auch auf dem flachen Lande ihre Schwingen erhebe und das ländliche Paradies in eine Einöde zu verwandeln drohe. In verdammenswerten Unverstande werde die nährende Existenz auf dem Lande aufgegeben und nach den Sündenpfehlen dränge die Masse, nach dem arbeitslosen Elend der Grossstädte. Ergo: Die Freizügigkeit muss beschränkt oder noch besser aufgehoben werden.

(Schluss folgt.)

